

Die bürgerlichen Historiker ignorieren die Programme von KPD und SPD, die gerade verhindern wollten, daß Deutschland „von außen gesteuert“ wurde bzw. erneut in die Hände des internationalen Monopolkapitals geriet, und man kann sagen, daß der Widerspruch zwischen dem tatsächlichen Geschichtsverlauf und der imperialistischen Geschichtsschreibung auf dem Gebiet der Zeitgeschichte besonders kraß ist. Die enge Verquickung von Geschichte und Politik ist in der Zeitgeschichte, entsprechend der Existenz zweier deutscher Staaten und des besonderen Territoriums Westberlin noch ausgeprägter als in den Perioden zuvor. Die unmittelbare Verbindung der reaktionären Geschichtsschreibung mit der Politik des aggressiven Monopolkapitals ist in der Zeitgeschichte am stärksten wirksam. Daraus ergibt sich, daß die in der westdeutschen Geschichtsbetrachtung der Jahre bis 1917 und teilweise noch bis 1945 vorhandene Differenzierung⁸ in der Darstellung der Nachkriegsentwicklung Deutschlands weiter an Breite verliert. Das in Westdeutschland herrschende staatsmonopolistische System bedient sich einer Geschichtskonzeption, die im Gegensatz zur historischen Wahrheit die „Rechtmäßigkeit“ der imperialistischen Bundesrepublik und die „Unrechtmäßigkeit“ der sozialistischen DDR „nachweisen“ und somit den imperialistischen Herrschaftsanspruch auf ganz Deutschland begründen soll.

Diese mit allen staatlichen Mitteln sanktionierte und propagierte reaktionäre Geschichtskonzeption, die die aggressive Außenpolitik der Bonner Machthaber rechtfertigen soll, dominiert in der westdeutschen Zeitgeschichte und läßt neben den allgemeinen innenpolitischen Unterdrückungsmaßnahmen kaum noch Raum für eine wahrheitsgemäße Darstellung der deutschen Nachkriegsentwicklung. In bezug auf das Programm der KPD vom 11. Juni wird der Anschein zu erwecken versucht, als ob dieses Dokument ein unehrliches Programm, ein taktischer Schachzug zur Durchsetzung enger, parteigegolischer Interessen gewesen sei.

Ausführungen Ernst Richerts zufolge hatten die revolutionären antifaschistisch-demokratischen Forderungen der KPD demagogischen Charakter, da sie, wie Richert meint, lediglich Ausdruck einer taktischen Anpassung der „zur Alleinherrschaft drängenden bolschewistischen Führungsgruppe“⁹ gewesen seien.

Diese verleumdenden Angriffe auf die Strategie und Taktik der KPD/SED in der ersten Etappe der volksdemokratischen Revolution finden ihre Fortsetzung in der 1963 von Einar Krautkrämer vorgelegten Arbeit „Deutsche Geschichte nach dem Weltkrieg (1945–1949)“. „Mit der Propagierung der bürgerlichen antifaschistisch-demokratischen Politik“ schreibt Einar Krautkrämer, „gelang es den Kommunisten so-gleich, alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräfte unter kommunistische Kontrolle zu bringen und sie dadurch einer eigenen Initiative zu berauben.“¹⁰ Damit versucht Krautkrämer den Anschein zu erwecken, als ob die antifaschi-

stisch-demokratische Politik nur im engen parteigegolischen Interesse der KPD gelegen habe und nicht im Interesse der ganzen Nation. Nach Krautkrämers Darstellung war die von der KPD konsequent vertretene antifaschistisch-demokratische Politik eine mit bürgerlichen Lösungen und Kampfmethoden „getarnte“ kommunistische Politik zur „Überlistung“ der auf bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Positionen stehenden Kräfte.

Eine ähnliche antihistorische Konzeption vertritt auch Hermann Weber, einer der aggressivsten Antikommunisten in Westdeutschland. In seiner Veröffentlichung über den deutschen Kommunismus. In dieser Arbeit behauptet Weber, daß das Programm vom 11. Juni 1945 „wie eine Abkehr von allen revolutionären Traditionen der Partei“ gewirkt habe und daß die „Sozialdemokratie ... damals in ihren Forderungen und ihrem sozialistischen Verlangen weiter links als die KPD“ gestanden hätte.¹¹ Damit stützt Weber die von Rexin in „Die Jahre 1945–1949“ erhobene Behauptung, daß das Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 „so gut wie nichts mehr“ mit den Zielsetzungen gemein gehabt hätte. „Auf die die KPD sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik ... berufen hatte“.¹²

Während Rexin noch in gewisser Hinsicht das Programm vom 11. Juni 1945 richtigerweise als Resultat der Weiterentwicklung der Strategie und Taktik der KPD in den Jahren der Herrschaft des Hitlerfaschismus betrachtet, negieren Richert, Krautkrämer, Weber und andere diese Kontinuität und versuchen, der Bündnispolitik der KPD unläutere Absichten zu unterstellen. Das Ziel dieser Machenschaften besteht darin, vor allem die gegenwärtige Bündnispolitik der KPD und SED zu diffamieren. Es ist die Furcht vor einer Zunahme des Einflusses der SED und KPD und der Herausbildung einer breiten anti-imperialistischen und antimilitaristischen Volksbewegung in Westdeutschland, die diesen im Dienste der Monopolbourgeoisie stehenden Historikern die Feder führt. Aus diesem Grunde ist die antifaschistisch-demokratische Politik der KPD/SED den heftigsten, aber zugleich auch den wissenschaftlich unqualifiziertesten Angriffen der Reaktion ausgesetzt.

Analog dieser antikommunistischen Grundposition wird der zutiefst nationale Charakter des Programms der KPD vom 11. Juni 1945 geleugnet, indem es als ein „Programm des Kremis“ bezeichnet und die Tätigkeit der KPD als eine im „Solde Moskaus“ stehende Partei diffamiert wird.

Getreu dieser Konzeption begeht Paul Noack in seiner Arbeit „Deutschland von 1945 bis 1949“ eine plumpe Fälschung, indem er den Passus im Programm vom 11. Juni 1945: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetssystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen

Entwicklungsbedingungen in Deutschland“ umflüchtigt in: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjet-